

»Lebensschutz hat oberste Priorität«

Die Union hat die Debatte um die Möglichkeiten zur Eindämmung von Spätabtreibungen neu eröffnet. Doch ein komplettes Aufrollen des Abtreibungs-Paragrafen ist derzeit nicht in Sicht. Für LebensForum sprach Tobias-Benjamin Ottmar mit dem familienpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Singhammer, über die Gründe der Unionsfraktion, sich derzeit nur auf diesen Teilbereich zu konzentrieren.

LebensForum: Herr Singhammer, kürzlich wurden Sie im »Focus« in Zusammenhang mit der Diskussion um die Spätabtreibungen mit den Worten zitiert: »Der Paragraf 218 wird auf keinen Fall neu aufgerollt.« Sieht Ihre Fraktion hier tatsächlich keinen Handlungsbedarf?

Singhammer: Lassen Sie mich mal meine Meinung als unabhängiger Bundestagsabgeordneter sagen: Natürlich sehe ich einen Regelungsbedarf. Allerdings würde eine generelle Diskussion um den Paragraf 218 bei der derzeitigen politischen Konstellation zu keinem Ergebnis führen. Im Koalitionsvertrag wurde eine Prüf- und Nachbesserungspflicht im Hinblick auf die Spätabtreibungen vereinbart. Und Volker Kauder hat jüngst angekündigt, dieses Thema mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck zu besprechen.

Die Zahl der Spätabtreibungen ist aber im Verhältnis zu der Gesamtzahl der vorgeburtlichen Kindstötungen eher gering. Warum gehen Sie – wie beim Verhandeln üblich – nicht weiter mit Ihren Forderungen, um wenigstens einen Teilerfolg zu erringen?

Das, was wir jetzt bei der Spätabtreibung fordern, ist bereits viel. Wir wollen nicht nur eine formalistische Änderung, sondern eine Gesetzesänderung. Die Sozialdemokraten halten aber dies derzeit nicht für nötig. Nun müssen wir versuchen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Sonst würde sich gar nichts ändern.

Warum ist die Spätabtreibungs-Diskussion in der Union auf einmal so ein großes Thema? Schließlich wurde doch die Abtreibungs-Debatte lange Zeit in Ihrer Partei niedrig gehalten.



Johannes Singhammer, MdB

Johannes Singhammer, geboren 1953, sitzt seit 1994 für die CSU im Deutschen Bundestag. Seit Ende 2005 ist der Volljurist und Vater von sechs Kindern Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend in der CDU/CSU-Fraktion.

Man muss in der Politik für Alles Mehrheiten finden und dafür muss man taktisch klug vorgehen. Der Schutz des Lebens hat für die CDU/CSU Priorität. Und daher versuchen wir auch das zu unternehmen, was aus unserer Sicht politisch möglich ist: Diesen Handlungsspielraum sehen wir derzeit nur bei den Spätabtreibungen. Jeder Interessierte kann sich kundig machen, dass sich in Krankenhäusern zuweilen dramatische Szenen abspielen. Behinderte Kinder werden zum Teil bis zur Geburt abgetrieben. Das ist eine Praxis, die wir so nicht dulden wollen.

Gesetzt den Fall, CDU und CSU hätten ein stärkeres politisches Gewicht als es derzeit in der großen Koalition der Fall ist: Würde der Lebensschutz dann eine größere Rolle spielen?

Ich denke schon, dass bei den entsprechenden Mehrheiten die Diskussion einfacher wäre. Sie können davon ausgehen, dass eine starke Union dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 (Nachbesserungspflicht des Paragrafen 218) nachkommen würde.

Dennoch gibt es in Ihrer Partei einige, die mit der jetzigen Regelung scheinbar zufrieden sind!

Das ist richtig. Sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den anderen Parteien und sicher auch bei einigen wenigen aus meiner Partei und Fraktion ist derzeit keine große Bereitschaft vorhanden, den Paragrafen 218 neu aufzurollen.

Wie sehen Ihre konkreten Vorschläge für eine gesetzliche Neuregelung der Spätabtreibung aus?

Wir haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Wir hatten dabei einen Acht-Punkte-Katalog vorgestellt, den wir auch jetzt noch gerne umsetzen würden. Dazu zählt unter anderem eine Beratungspflicht, eine längere Bedenkzeit für die

Frau und dass sich nicht nur ein einziger Arzt, sondern ein Kollegium von Fachärzten mit der Entscheidung über die Zulässigkeit der Abtreibung befasst. Im Hinblick auf das BVG-Urteil möchte ich noch einmal sagen: Das Vorrangige im Moment ist erst einmal, die Diskussion um die Spätabtreibung zum Ziel zu

bringen. Danach müssen wir weiter sehen.

Sie haben einmal im »Münchner Merkur« gesagt: »Es ist skandalös, dass Geld für Kinderspielplätze fehlt, aber für die Abtreibung vorhanden ist.« Was macht Ihre Fraktion, um diese Praxis zu verhindern?

Ich habe diesen Satz damals sehr zugespitzt gesagt. Die Problematik ist aber viel größer. Wir stellen fest, dass die öffentliche Hand Abtreibungen vermehrt finanziert. In manchen Bundesländern sogar zu mehr als 100 Prozent. Bislang konnte uns niemand erklären, warum das so ist. Ich versichere Ihnen, dass die CDU/CSU über diese Merkwürdigkeiten nicht hinwegsehen wird und auch dort handeln wird. Als Fahrplan gilt aber grundsätzlich der Koalitionsvertrag. Die Koalitionspartner haben nun einmal unterschiedliche Schwerpunkte und Ansichten. Wir werden uns aber auf alle Fälle mit den Möglichkeiten, die wir derzeit sehen, für das Leben einsetzen.

Herr Singhammer, vielen Dank für das Gespräch!